



**Dieter Janecek**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wirtschaftspolitischer Sprecher der  
Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN



**Dr. Joachim Pfeiffer**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wirtschafts- und energiepolitischer  
Sprecher der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion

### **Gemeinsame Stellungnahme von Dieter Janecek MdB und Dr. Joachim Pfeiffer MdB: Nur ein regulierter Markt für Cannabis kann organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen**

Wenn von mafiösen Strukturen auf europäischem Boden die Rede ist, denken manche vielleicht eher an Italien als an Deutschland. Fakt ist aber: wir haben einen großen, sehr aktiven und mit der organisierten Kriminalität engstens verflochtenen Schwarzmarkt für illegale Drogen hier in Deutschland. Und es ist uns bisher nicht gelungen, diesen mit Verboten wirksam zu bekämpfen. Der Grund: Man kann keinen Schwarzmarkt verbieten. Ein Schwarzmarkt ist Folge eines Verbots. Wir verbieten deshalb mehr stellvertretend als ergänzend den Besitz und Erwerb von Cannabis – also die Nachfrage - und verschieben so das Etikett „illegales Verhalten“ mit den einhergehenden Risiken auf die KonsumentInnen. Das mutet wie eine Übersprungshandlung an – denn der Konsum an sich ist ja grundsätzlich erlaubt. Zwischen ein und zwei Milliarden Euro geben wir in der Folge pro Jahr für die Strafverfolgung von KonsumentInnen aus, obwohl doch der eigentliche kriminelle Sektor im Zentrum unserer Anstrengungen stehen sollte. Im übertragenen Sinn: Wir verhaften öfter die Zeugen als die Täter. Und müssen dann feststellen, dass die Unterbindung der Nachfrage durch Abschreckung in der Praxis nicht funktioniert. Der Schwarzmarkt blüht. Leider mit all seinen negativen Begleiterscheinungen von lebensbedrohlichen Beimischungen in den Substanzen bis hin zur Querfinanzierung weiterer krimineller Machenschaften.

Wir stehen hier aber tatsächlich vor einem Dilemma: Gesetze sind mehr als nur Handlungsanweisungen und Verbote – sie zeigen auch, welche Vorstellungen wir von unserem gemeinsamen Zusammenleben haben und welche Rechte oder Gruppen wir zum Beispiel als besonders schützenswert empfinden. Natürlich wollen wir gerade Kindern und Jugendlichen nicht vermitteln, dass der Konsum von Cannabis unbedenklich ist. Vielleicht sollten wir aber die Mittel hierfür überdenken. Anstatt jungen Erwachsenen zu signalisieren, dass sie Kriminelle sind, sollten wir lieber im Rahmen einer vor allem finanziell deutlich besser aufgestellten Präventionsarbeit in einen fruchtbaren Dialog mit potenziellen und tatsächlichen KonsumentInnen treten.

Ein staatlich regulierter Markt für Cannabis könnte zwei zentrale Elemente unserer Drogenpolitik – den Fokus und den Finanzmitteleinsatz – wieder stärker auf die eigentlichen Ziele unserer Drogenpolitik hin ausrichten: Erstens würde eine Regulierung das Stellvertreterverbot gegen die Nachfrage aufheben und dem Schwarzmarkt direkt den Boden unter den Füßen entziehen. Ohne Illegalität keine verbotenen Geschäfte in Nischenmärkten. Zweitens zeigen Beispiele erfolgreicher Liberalisierungen und Regulierungen in anderen Staaten, dass wir mit erwarteten Steuereinnahmen von möglicherweise bis zu zwei Milliarden Euro pro Jahr – hinzu kommen die ähnlich hohen

Einsparungen im Bereich der Strafverfolgung – eine tatsächliche, umfassende und qualitativ hochwertige Präventionsarbeit finanzieren könnten. Aufklärung ist gemeinhin effektiver als Repression. Auch hier setzen wir auf die Kraft der Freiheit.

finanziert sich selbst

Auch unter dem medizinischen Aspekt besteht dringender Klärungsbedarf: Patienten, die Cannabis zur Linderung chronischer Schmerzen benötigen, können bereits heute Cannabis-Präparate in Apotheken erwerben, allerdings aus eigener Tasche. Entscheiden sie sich angesichts der hohen Kosten für den Eigenanbau der Pflanze, droht ihnen womöglich ein Ermittlungsverfahren. Die Bundesregierung hat bereits angekündigt, noch in diesem Jahr eine Regelung zur Erstattung der Kosten durch die Krankenkassen auf den Weg zu bringen. Die selbstanbauenden Patienten wären jedoch nach wie vor in der Grauzone. Das Verwaltungsgericht Köln hat 2014 drei chronischen Schmerzpatienten erlaubt, als „Notlösung“ in ihren Wohnungen Cannabis anzubauen. Die Politik muss hier unbedingt Klarheit schaffen.

Übrigens beschäftigt sich auch das italienische Parlament mit der Idee, den Verkauf von Cannabis vorsichtig freizugeben und zu regulieren. Auch wenn die Chancen auf Durchsetzung erstmals nicht allzu hoch sind - Unterstützung für dieses Anliegen wurde bereits von der DNA signalisiert – der Nationalen Anti-Mafia-Direktion. Sie forderte zuletzt, man müsse „das totale Scheitern der repressiven Maßnahmen registrieren“.